

**Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,  
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung  
Landesverband Niedersachsen**

DVPB e.V.  
Landesverband Niedersachsen  
Callinstr. 22  
30167 Hannover

06.06.2024

**Politiklehrkräfte müssen Lernende  
zum Widersprechen extremistischer Aussagen befähigen!**

Ende Mai hat die niedersächsische Landtagsfraktion der AfD das Online-Portal „Neutrale Lehrer“ freigeschaltet. Die Seite verfolgt das durchsichtige Ziel (Politik-)Lehrkräfte zu verunsichern, die sich ihrer Aufgabe stellen, Lernende zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Positionen zu befähigen. Dabei beruft sich die Partei auf ein fälschlicherweise aus dem „Beutelsbacher Konsens“ abgeleitetes Neutralitätsgebot. Der „Beutelsbacher Konsens“ ist eine Übereinkunft über elementare didaktische Grundsätze des Politikunterrichts.

Als Interessenvertretung der Politischen Bildung in Niedersachsen stellen wir fest: Ein „Neutralitätsgebot“ kennt der „Beutelsbacher Konsens“ nicht. Einer seiner drei Grundsätze ist das Kontroversitätsgebot. Das Kontroversitätsgebot verlangt, dass sich die Streitfragen der demokratischen Gesellschaft im Politikunterricht widerspiegeln. Es versteht sich von selbst, dass damit nicht gemeint ist, politischen Positionen, die gegen Grund- und Menschenrechte verstoßen, im Politikunterricht ein unkritisches, ‚neutrales‘ Forum zu verschaffen. Ganz im Gegenteil gilt: Lehrkräfte sind der Demokratie und den demokratischen Grundwerten verpflichtet.

Die Rechtslage dazu ist eindeutig:

Das niedersächsische Schulgesetz verlangt, die Schüler\*innen zu befähigen, „die Grund- und Menschenrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen“ (§ 2 NSchG). Ein solches Bildungsziel ist gemäß Art. 7 GG mit der materiellen Werteordnung des Grundgesetzes verknüpft, und verpflichtet Beamt\*innen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Dies hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt ausdrücklich festgestellt. „Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen“ urteilten die Karlsruher Richter bereits 1975 und gelangten 2009 zu der Entscheidung, dass „der staatlichen Aufklärung und Erziehung in den Schulen“ hinsichtlich der Gefährdung durch demokratiefeindliche Positionen „eine besondere Verantwortung“ zukomme.

Die Landtagsfraktion der AfD stellt sich mit dem Online-Portal einmal mehr ungerechtfertigt in die Opferrolle. Tatsächlich ist die AfD eine Partei, die vom niedersächsischen Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt wird und deren Jugendorganisation aufgrund extremistischer Bestrebungen zeitweise aufgelöst war (von Personen anderer Landesverbände, die gerichtsfest als Faschisten bezeichnet werden dürfen, ganz zu schweigen).

Als Interessenvertretung der Politischen Bildung in Niedersachsen rufen wir alle Lehrkräfte dazu auf, sich von dem neuen AfD-Portal nicht einschüchtern zu lassen und politische Positionen, die gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen, im Politikunterricht auch weiterhin kritisch aufzugreifen.

Lehrkräfte, die menschenfeindliche Positionen in ihrem Unterricht „neutral“ behandeln, verstoßen sowohl gegen den schulischen Bildungsauftrag als auch gegen ihre Dienst- und Treuepflicht. Eine wehrhafte Demokratie braucht wehrhafte Lehrer\*innen!

**DVPB**  
**Landesverband**  
**Niedersachsen**

Dr. Moritz Peter  
Haarmann  
(Landesvorsitzender)

Theresa Bechtel  
(zweite Landesvorsitzende)

Michael Nagel  
(zweiter Landesvorsitzender)

Mirko Truscelli  
(Geschäftsführer)

Hans-Martin Estler  
(Schatzmeister)

HP: [www.dvpb-nds.de](http://www.dvpb-nds.de)  
Facebook: @dvpbNDS  
X: @dvpbNDS